

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Nr 45.

Donnerstag, 5. November

1885.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Büch (Schweiz).
Verlag
der
Verlagsbuchhandlung
Göttingen-Büch.
Postsendungen
franko gegen franko
Geldbescheinigung
nach der Schweiz kosten
Doppelpost.

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Wierteljahressprei von:
Fr 2 — für die Schweiz (Kreuzband)
Fr 3 — für Deutschland (Gouvern)
Fr 1 70 für Oesterreich (Gouvern)
Fr. 2 30 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate
die dreizehntägige Preislage
25 Gr. — 20 Pf.

Aufs an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, besagt der Inhalt des vorliegenden Heftes nur die Nachrichten, welche von den in Deutschland lebenden Sozialdemokraten nach dem Inhalt des Heftes zu entnehmen sind. Die Briefe, welche von den in Oesterreich lebenden Sozialdemokraten nach dem Inhalt des Heftes zu entnehmen sind, werden nicht veröffentlicht. Die Briefe, welche von den in Oesterreich lebenden Sozialdemokraten nach dem Inhalt des Heftes zu entnehmen sind, werden nicht veröffentlicht.

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag schriftlich abzugeben, sondern sich möglichst an irgend eine unverlässliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch ein möglichst unverlässliche Postadresse mitgeteilt werden. In juristischen Fällen empfiehlt sich jedoch größere Sicherheit Reformauskunft. Somit an uns nicht werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten sparen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Ueber den Normalarbeitstag.

III.

„Bei gesteigerter Produktion Ueberflüssigwerden von Arbeitern!“ — das ist das scheinbar widerspruchsvolle Schauspiel, welches die bürgerliche Gesellschaft uns bietet. Nur scheinbar widerspruchsvoll, denn es ist im innersten Wesen der kapitalistischen Produktion begründet. Auf den Massenabsatz, bei kleinem Profit an den Einzelprodukten, angewiesen, hat die Großindustrie auf möglichstste Produktivität der Arbeit zu sehen. Die Produktivität der Arbeit beständig zu steigern, ist ihr durch die Konkurrenz zur Lebensfrage gemacht.

Diese Steigerung findet einerseits durch größere Intensivität der Arbeit selbst statt. Andererseits durch vervollkommene Maschinerie, bessere Arbeitstheilung u. s. w. Mit ersterem Moment haben wir uns schon beschäftigt. Das zweite ist von noch größerer Bedeutung, denn während die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit eine, wenn auch sehr elastische Grenze hat, hat die Leistungsfähigkeit der Maschinen keine. Nicht einer bestimmten Maschine, sondern der Maschinen überhaupt. Die Hülfsmittel der Technik sind unerschöpflich, keine Aufgabe ist ihr zu schwer, jeder Fortschritt ist nur der Schritt zu einem neuen Fortschritt. Der Fortschritt von heute ist morgen ein überwundener Standpunkt.

Betrachte man doch die sicherhafte Tätigkeit der Technik auf militärischem Gebiet: das beste Gewehr wird nach wenig Wochen oder Monaten durch ein besseres aus dem Feld geschlagen, dem in wenigen Wochen dasselbe Schicksal erblüht. Der gestern undurchdringliche Panzer wird morgen durchgeschossen; die unüberstehliche Kanone von heute muß morgen zum alten Eisen geworfen werden.

Und auf dem unendlich weiten und unendlich dankbareren Gebiete der Industrie entwickelt die Technik noch eine tausendmal umfassendere, nicht minder revolutionäre Tätigkeit.

Der Konkurrenzkampf gestaltet sich mehr und mehr zu einem Kampf der Maschinen. Wer die besten Maschinen hat, schlägt seine Konkurrenten. Und die beste Maschine ist jeden Augenblick in Gefahr, durch eine bessere entthront zu werden. Die beste Maschine hat aber, wer das meiste Geld hat.

In den Berichten der schweizerischen Fabrikinspektoren wird auf die Mangelhaftigkeit der schweizerischen Maschinen im Vergleich mit den englischen hingewiesen.

Gleichzeitig wird dort gezeigt, daß die Einführung des Normalarbeitstages zu einer Verbesserung der Maschinen führt. Den Grund haben wir angegeben. Die Produktivität der Arbeit muß gesteigert werden, und das geschieht in hervorragendem Maße durch verbesserte Maschinerie, welche die doppelte Eigenschaft hat, nicht bloß selbst mehr Arbeit zu liefern, sondern auch dem Arbeiter eine größere Arbeitsleistung zu ermöglichen.

Der Normalarbeitstag befördert also die Entwicklung der Großindustrie, weil er die Fabrikanten zur profitableren Geschäftseinrichtung und zur Anwendung neuer oder vervollkommener Maschinerie zwingt und dadurch zu Ausgaben, die der Kleinkapitalist nicht bestreiten kann. Es ist dies beiläufig unter den Vorteilen des Normalarbeitstages nicht der geringste — je mehr der Entwicklungsprozeß des Kapitalismus beschleunigt wird, desto kürzere Zeit dauert er, und desto eher ist der Boden für die sozialistische Arbeitsorganisation gebahnt.

Die Vervollkommnung der Maschinerie und die Intensivierung und Ausnutzung der menschlichen Arbeit nimmt aber rascher zu als die Konsumtion, und so finden wir in der Großindustrie neben sich steigender Produktion eine Abnahme der Arbeiterzahl.

Es ist kapitalistisches Bevölkerungsgesetz, daß, mag die Bevölkerung noch so sehr sich vermehren, die Zahl der Arbeiter mit den Fortschritten der Maschinerie und des technischen Geschäftsbetriebes sich vermindert.

Betrachten wir z. B. die „Staborn Facts“, die „Halsstarrigen Thatsachen aus den Fabriken“, welche ein englischer Fabrikarbeiter, John Olivier von Manchester, im Jahre 1844 veröffentlichte:

„35 große Fabriken beschäftigten 1829 eintausend Spinner mit 674,074 Spindeln; 1841 arbeiteten in denselben Fabriken 487 Spinner mit 736,128 Spindeln“ — binnen 12 Jahren die Zahl der Spinner um mehr als die

Hälfte gesunken, die Zahl der Spindeln um fast 52,000 vermehrt.

„36 Grobspinnereien beschäftigten 1829 1,088 Spinner; 1841 nur 448 — mit einer Vermehrung von 53,353 Spindeln.

„Zwischen 1835 und 1843 verminderte sich die Zahl der Spinner in Stockport von 800 auf 140. Ein Geschäftlicher, der in Arbeit geblieben war, erzählte 1843: „Im Jahre 1840 arbeitete ich mit 674 Spindeln und konnte 22 Schillings (1 Sh. = 1 Reichsmark) die Woche verdienen; jetzt arbeite ich mit 2040 Spindeln und verdiene die Woche 13 Schillings.“

„Vielleicht — so fährt Olivier fort — vielleicht, lieber Leser, könntest Du in den Wahn verfallen, daß die Maschinenbauer den Vorteil davon gehabt hätten? Hier ist die Rechnung: zwischen 1835 und 1844 wurden in einer Maschinenfabrik in Manchester folgende Maschinen eingeführt: eine Hobelmaschine — verrichtet die Arbeit von 14 Mann und wird von einem Jungen geleitet. Fünf kleinere, je gleich 3 Mann, brauchen einen Mann, um zu „arbeiten“. Eine Durchschlagmaschine, gleich 12 Mann, braucht 1 Person zum Dirigieren. Eine Drehmaschine, gleich 3 Mann, braucht 1 Person. Eine Schraubenmutter-Schneidemaschine, gleich 3 Mann, braucht einen Jungen. Eine Rad- und Schneidemaschine, gleich 20 Mann, braucht 1 Mann. Eine Bohrmaschine, gleich 10 Mann, braucht 1 Person. In einer anderen Fabrik sind 20 Drehstuhl-Maschinen, gleich 100 Mann, sie brauchen zusammen 10 Personen. 8 Hobelmaschinen, gleich 96 Mann, brauchen 8 Personen zusammen. Eine weiter verbesserte Schraubenmutter-Schneidemaschine, gleich 20 Mann, braucht einen Jungen. Eine Stoßmaschine, gleich 20 Mann, braucht einen Jungen. Die Maschinen werden also selbst mit Maschinen gemacht.“

Zur Erläuterung sei bemerkt, daß „Person“ im Gegensatz zu „Mann“ ein unerwachsener Arbeiter ist.

Die Berichte der englischen Fabrik- und Minen-Inspektoren — bei dem erbärmlichen Stand der Arbeits-Statistik in Deutschland müssen wir das Material meist in England suchen — geben Material in Hülle und Fülle. Im Distrikt des Fabrikinspektors R. Baker (Rancashire, Cheshire, Yorkshire) enthielten die gleichen 570 Textilfabriken:

	1860	1865
Dampfwebstühle	85,622	95,163
Spindeln	6,819,146	7,025,031
Pferdekraft in Dampfmaschinen	27,439	28,925
Pferdekraft in Wasserrädern	1,390	1,445
Beschäftigte Personen	94,119	88,913

Binnen 5 Jahren nehmen also zu: die Dampfwebstühle um 11 Prozent, die Spindeln um 3, die Dampfpferdekräfte um 5 Prozent.

Dagegen nahm in derselben Zeit die Zahl der beschäftigten Personen um 5 1/2 Prozent ab.

Ferner zählte man in den englischen Seidenfabriken:

	1856	1862
Spindeln	1,093,799	1,388,544
Webstühle	9,260	10,709
Arbeiter	56,131	52,429

Binnen 6 Jahren Zunahme der Spindeln um 26,9, der Webstühle um 15,6 Prozent.

Abnahme der Arbeiter um 7 Prozent.

„Die Maschine schlägt die Arbeiter todt.“

In der Kammgarnindustrie nahmen in der gleichen Zeit die Arbeiter um mehr als 1700 ab (die Zahl fiel von 87,794 auf 86,063), während die Dampfwebstühle um mehr als 4000 (von 38,956 auf 43,048) zunahmen. In den Baumwollenfabriken stieg von 1861 bis 1875 die Zahl der Webstühle von 339,992 auf 463,118; die Zahl der Arbeiter fiel von 166,209 auf 163,632. In den englischen Kohlenbergwerken betrug nach den Berichten der Mineninspektoren:

	Die Förderung (Output) in Tonnen	Die Zahl der beschäftigten Arbeiter
1874	140,713,832	538,829
1875	147,700,313	535,845
1876	148,989,385	514,532
1877	148,846,260	494,391
1878	145,798,138	475,329
1879	145,366,369	476,810
1880	161,466,739	484,933

In den 7 Jahren zwischen 1874 und 1880 hat die Produktion um mehr als 20 Millionen zugenommen; die Zahl der Arbeiter um 53,896, genau 10 Prozent oder ein Zehntel, abgenommen! Ein Zehntel in 7 Jahren, bei steigender Produktion!

*) Die Auszüge sind entnommen der Schrift von Eccarius: „Eines Arbeiters Widerlegung der national-ökonomischen Lehren John Stuart Mill's.“

In Deutschland natürlich die gleiche Erscheinung, nur daß das Material nicht so vorliegt wie in England. Aber es fehlt wenigstens nicht an Belegen aus nächster Nähe. In den Flachspinnereien des Reichsberger Handelskammer-Bezirks in Nordböhmen vermehrte sich zwischen 1866 und 1878 die Zahl der Spindeln um 13,000 (von 212,572 auf 225,562) und verminderte sich die Zahl der Arbeiter um 1158 (von 12,693 auf 11,535).*)

Wer sich die Bedeutung dieser Ziffern klar macht, muß einsehen, daß die Hoffnung, der Normalarbeitstag werde einer namhaft größeren Zahl von Arbeitern Beschäftigung geben, ein Wah n ist. Der Tendenz des Normalarbeitstages, die Zahl der beschäftigten Arbeiter zu vermehren, steht gegenüber einestheils die Komprimierbarkeit der menschlichen Arbeit und andernteils die Tendenz des Kapitalismus, Arbeiter über-schüssig zu machen.

Und das ist nur die reguläre, gewissermaßen normale, Ueberflüssigmachung, die unablässig vor sich geht, wenn auch in Folge der Ausdehnung der Industrie, und namentlich bei jungen Industriezweigen, die Thatsache nicht immer greifbar zu Tage liegt.

Zu dieser permanenten kommt die periodische Ueber-schüssigmachung durch Krisen und Geschäftstrocknungen. Davon im nächsten und letzten Artikel.

Die Frankfurter Sozialdemokratie und die Landtagswahl.

(Eingefandt.)

Am 26. Oktober d. J. hat der Abg. Frohme in einer Versammlung des volksparteilichen demokratischen Vereins, die sich mit den bevorstehenden Landtagswahlen beschäftigte, in einer Weise sich für die Theilnahme an der Landtagswahl und für die Unterstützung der sogenannten demokratischen Partei bei denselben ausgesprochen, die für die weiteren Parteifreie von höchstem Interesse ist. Nach dem mit den Berichten der übrigen Frankfurter Blätter übereinstimmenden und bis heute unwidersprochen gebliebenen Berichte der „Frankfurter Zeitung“ war der Vorgang folgender:

„Der Frohme bringt als Gast im Auftrag einer Anzahl seiner Parteigenossen eine Annonce in einem hiesigen Blatt zur Sprache, worin es heißt: „Das Dreiklassenwahlrecht, sowie die nicht geheime und indirekte Wahl muß von jedem Sozialdemokraten ignorirt werden“, unterschrieben: „Die Sozialdemokraten Frankfurts“. Er müsse konstatiren, daß er so wenig als eine ganze Anzahl tüchtiger Parteigenossen etwas von der Annonce wüßten. Bisher sei in Frankfurt bei Landtagswahlen immer Wus gewesen, daß die Sozialdemokraten für den Kandidaten der demokratischen Partei stillschweigend in die Schranken traten. Das „muß“ der Annonce sei durchaus falsch, denn sonst sähen im nächsten Landtag, in der Berliner Stadtverordnetenversammlung keine Sozialdemokraten, und hätten weder in Baden noch sonstwo Wahlbetheiligungen der sozialdemokratischen Partei stattfinden können. Es frage sich immer: „Kann man?“ und „Soll man?“ und wenn er sich jetzt diese Frage vorlege, so habe er nur die einzige Antwort, daß man hier nicht stillschweigend zusehen könne und dürfe, daß eine Koalition aus Fortschrittlichen, Nationalliberalen und Konservativen der drohenden Richtung einen Sieg erringen. Wenn man auch von dem Wahlrecht nichts halte, deshalb dürfe man es doch benutzen, solle und müsse man es benutzen im Interesse der politischen Bewegung überhaupt. Auch das Dreiklassenwahlrecht entpreche nicht allen Voraussetzungen. Es sei notwendig, die Reaktion, besonders wo sie sich mit dem Schein freierwilliger Bestrebungen, mit der sog. Fortschrittspartei, verbünde, zurückzuweisen, und deshalb verstehe er es nicht, wie es hätte Sozialdemokraten geschehen sollen, die eine derartige Annonce erlassen haben. Wenn man dies „muß“ in die Waagschale werfen wollte, dürfe man sich auch nicht an den Stadtverordneten-Wahlen betheiligen. Er hoffe, daß diese Annonce die wirklich guten und tüchtigen wahlfähigen Männer der sozialdemokratischen Partei nicht abhalten werde, am Tage der Wahl in der angegebenen Richtung ihre Schuldigkeit zu thun. Wenn man einmal Politik treiben wolle, dann solle man sie nicht treiben in Grenzen bestimmter Illusionen, sondern sich bestimmen lassen von dem, was in der Wirklichkeit vorliegt. (Beifälliger Beifall.)“

Was Frohme hier ausgeführt hat, scheint uns denn doch ein wenig stark. Wenn die Frankfurter Genossen übereinkamen, sich an der Ausübung des elendesten aller Wahlgesetze, wie es Bismarck bekanntlich seinerzeit selbst nannte, nicht zu betheiligen, so verführen sie damit vollkommen korrekt. Bisher haben die Parteigenossen in ganz Preußen in ähnlicher Weise stets gehandelt. Und nicht bloß die Parteigenossen, sondern fast das gesamte Volk. Nach den von allen Seiten einlaufenden Berichten war diesmal die Wahlbetheiligung, die nie eine starke war, eine so schwache wie nie zuvor, und insbesondere waren es die Wähler der dritten Klasse, welche gegen das elendeste aller Wahlgesetze durch ihre Nichtbetheiligung protestirten.

Der Hinweis Frohme's, daß die Partei sich sowohl an den Stadtverordnetenwahlen als an den Landtagswahlen in anderen Staaten betheiligen habe, obwohl das allgemeine Stimmrecht nicht existire, und daher auch die Betheiligung an den Landtagswahlen in Preußen korrekt sei, ist ein gemaltiger Trugschluß. Ueberall, wo die Partei sich betheiligte, trat sie für ihre eigenen Kandidaten ein, Frohme aber wollte die Partei zum Schleppträger einer gegenwärtigen Partei begraben, einer Partei, von der, nach ihrem ganzen bisherigen Auftreten, die Arbeiter absolut nichts zu erwarten haben.

Darüber kann auch bei Frohme kein Zweifel sein.

*) Diese, von Graf in seinen Studien über Nordböhmisches Arbeiterverhältnisse, Prag 1881, gegebenen Zahlen haben wir der Zusammenstellung S. Schipfels in seiner Broschüre: „Staatliche Lohnregulierung und die sozialreformatorischen Bestrebungen der Gegenwart“, Minden in Westphalen 1885, entnommen.

In derselben Versammlung, in welcher Frohne sprach, trat auch der Kandidat der demokratischen Partei, Stadtordneter May, auf und entwickelte sein Programm. Und was sagte der Herr? Der langen Rede kurzer Sinn läßt sich in folgendem Satze zusammenfassen: „Aber seine etwaige Thätigkeit im Landtag — wir sitzen nach der „Frankf. Z.“ — wolle er sich nicht äußern, denn kein Mensch könne wissen, was dort vorkomme.“

Und für solch' einen programmlosen Nichtwitzer sollten sich die Parteigenossen in's Zeug werfen?

Statt daß Frohne, wie es seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen wäre, diesem Jammermann von Kandidaten gehörig an den Krügen gegangen wäre und ihm den Standpunkt klar gemacht hätte, hat er für ihn kein Wort des Tadels, wohl aber für jene Parteigenossen, und diese bilden in Frankfurt die erdrückende Mehrheit, welche die Wahlkommission nicht mitmachen wollten.

Ist das ein Aufstreben, wie sich's für einen Vertreter unserer Partei geziemt?

Frohne sagt: „Es sei notwendig, die Reaktion, besonders wo sie sich mit dem Schein freierwilliger Bestrebungen, mit der sogenannten Fortschrittspartei, verbünde, zurückzuweisen, und deshalb verleihe er es nicht, wie es Sozialdemokraten hätten geschehen sein können, die eine detartige Annonce erlassen haben.“

Run, wir verstehen nicht, wie man als Sozialdemokrat nach Kenntnis der Frankfurter Verhältnisse solche Sätze aussprechen kann.

Daß die Fortschrittspartei mit der Volkspartei bei der Wahl nicht gemeinsame Sache machen wollte, das war es gerade, was die Herren in Anwesenheit Frohne's so sehr bedauerten. Hatte denn Frohne keine Ohren, als der Vorsitzende der Versammlung, Dr. Köpfer, erklärte:

„Das Bündnis mit der Fortschrittspartei, welches lange Jahre bestanden, zum Vortheil beider Parteien, und ich darf sagen, auch zum Wohle unserer Stadt, ist gesprengt worden, gesprengt ohne unsere Schuld... Im Abgeordnetenhaus sah in mehreren Wahlperioden ein Fortschrittler neben einem Demokraten. Die beiden Abgeordneten haben immer einmüthig zusammengearbeitet. Es ist für uns durchaus kein Anlaß gewesen, Herrn Köpfer (den Fortschrittler) nicht wieder zu akzeptieren.“

Und in derselben Versammlung äußerte sich der Kandidat, Stadtordneter May:

„Daß die Fortschrittspartei seine Kandidatur nicht annehme, habe ich nach den Vorgängen in dem Komitee überrascht. Er habe, davon einem Mitglied der Fortschrittspartei selbst zuerst der Vorschlag ausgegangen sei, ihn aufzustellen, dem Fortschritt gegenüber eine andere Gesinnung gehegt und die Ansicht vertreten, ehe wir Jemand nach Berlin schicken, der reaktionär stimmt, müssen wir lieber für zwei Fortschrittler stimmen.“

Ist das nicht deutlich? Die Frankfurter Demokratie hat also, und von ihrem Klassenstandpunkt aus mit Recht, ihr Bündnis nach rechts und nicht nach links gesucht; und das Gros der Partei mag wohl nicht wenig überrascht gewesen sein, als Frohne ihr das nicht erwartete Bündnis von links auf dem Präsentierteller darbrachte. Daher der lebhafteste Beifall, den die Versammlung seinen Worten zollte. Wie die Wahl geht, hat freilich die Frankfurter Sozialdemokratie Frohne's schmähtlich im Stiche gelassen. Die Wahlbeteiligung war in der dritten Klasse dort am schwächsten, wo die Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl die meisten Stimmen hat, und in den Vororten, unserer eigentlichen Domäne, wurden fast lauter nationalliberale Wahlmänner gewählt, weil die Sozialdemokratie zu Hause blieb.

Stärker konnte Frohne nicht desavouirt werden, als es geschah. Er darf sich darüber nicht beklagen, denn wer sich selbst desavouirt, muß es sich auch gefallen lassen, wenn ihn Andere desavouiren.

Für die Selbstdesavouirung Frohne's hier ein Beispiel. Der „Frankfurter Volksfreund“, das vorannahmegesetzliche Organ unserer Frankfurter Genossen, enthielt in der Nr. 88 vom 28. Oktober 1876 — es sind also gerade neun Jahre her — einen Artikel von Frohne, betitelt: „Politische Wallfischzotten.“ Anknüpfend an einen Satz von Karl Heintz führt Frohne aus, daß der Kunstgriff der Wallfischzotten, Tonnen ins Meer zu werfen, mit denen dann die Wallfische spielen, wodurch sie um so leichter harponirt werden können, auch in der Politik Nachahmung finde. Hier spiele das Volk den Wallfisch, und die Tonnen bildeten allerlei Schlagworte und Scheinrechte, wie z. B. die Schlagworte: „Nationalstolz“ und „Patriotismus“, oder das Scheinrecht: Dreiklassenwahlrecht. Er sagt dann wörtlich:

„Da haben wir das Klassenwahlrecht“) befußt Bildung verschiedener geschiedener Körpertheile — eine Tonne von ziemlich alter Sorte. Glücklicherweise spielt die große Masse des Volkes damit nicht mehr, läßt sich davon nicht mehr täuschen, denn längst hat sie eingesehen, daß eine von den bevorzugten Klassen gebildete Gesetzgebung keine Volksvertretung sein könne.“

„Diese Tonne ist auch bereits sehr led; durch das viele Spielen, welches die bevorzugten Klassen mit ihr gethan, ist sie morsch geworden, nur noch mit vieler Mühe wird sie über Wasser erhalten. Wohl gibt man sich alle erdenkliche Mühe, sie wieder zu regieren, wird aber nicht gelingen, und man darf sagen, daß der Augenblick, wo sie auseinanderfällt, nicht mehr fern ist.“

So urtheilt Frohne 1876 über das Dreiklassenwahlrecht. Wir überlassen es dem Dypotantismus Frohne von 1885, sich mit dem Sozialdemokraten Frohne von 1876 darüber auseinanderzusetzen, wer von den beiden den andern moralisch todgeschlagen. Wo aber die „guten“ und „schlimmen“ Männer der sozialdemokratischen Partei zu suchen sind, von denen Frohne in seiner Rede so salbungsvoll spricht, bedarf nach dem Vorhergegangenen keiner weiteren Auseinandersetzung.

Sozialpolitische Rundschau.

Paris, 4. November 1885.

— Sind wir noch Sozialdemokraten? Die neueste Nummer des von dem sozialistischen Abgeordneten Gen. Bieres herausgegebenen „Recht auf Arbeit“ enthält einen überaus gereizten Aufsatz auf unsern Artikel über den Normalarbeitstag. Wir haben schon so viele Eigenheiten dieses Blattes, die die sozialistische Kritik herausforderten, unter Berücksichtigung der schwierigen Verhältnisse, unter denen es erscheint, und wegen mancher unaußergewöhnlichen Seiten desselben ruhig hingesehen, daß wir auch diesen neuesten — Einfall mit höchstem Still-schweigen übergehen könnten, wenn uns nicht ein Umstand zur Reizung zwänge: die grobe Verächtlichkeit der Tendenz unserer Artikel, die zusammenfällt mit der Individualität Erklärung der grundsätzlichen Bekämpfung der heutigen Ausbeuterklasse.

Es wird uns da nämlich die Absicht unterstellt, „den ebenso gefunden als praktischen Klasseninstincten, die jetzt in der ganzen Welt sich auf diesen Punkt zu konzentriren beginnen, und der endlichen Bewerkstelligung einer durchgreifenden internationalen Arbeiterkategoriegesetzgebung und näher bringen, einen Dämpfer aufzusetzen.“ „Früher“, heißt es an anderer Stelle, „nahm die deutsche Arbeiterpartei keine derartig verwickelte Stellung zu dieser Frage (des Normalarbeitstages) ein.“ Und um uns als „sozialistische Doktrinaire“ mit dem Kobbertusianer Schippel in ein's Topf werfen zu können, wird von unserer Leitartikelserie gesagt, daß sie „unter Aneignung der Sitze, die der Kobbertusianer (!) Schippel aus den Berichten der englischen Fabrikinspektoren gegen den Normalarbeitstag entnommen hat, sich gegen die „optimistischen Kanäle des Normalarbeitstages“ wendet.“ Dabei zu bemerken, daß das Ausrufungszeichen und die Unterstreichungen des „gegen“ von der Redaktion des „Recht auf Arbeit“ herrühren.

Thatsachen sind Thatsachen, und sie werden dadurch nicht unrichtig, daß der Kobbertusianer Schippel, für den wir nie Reklame gemacht, sie anführt. Zur Verhütung unseres „praktischen“ Widersachers sei aber doch bemerkt, daß die in unserem vorigen Leitartikel zitierten Aussagen der englischen Fabrikinspektoren sich in dem Werke eines gewissen Karl Marx, betitelt „Das Kapital“, vorfinden, und zwar in dem sehr lehrreichen Kapitel „Machinery und große Industrie“, Unterabschnitt 80: „Intensivierung der Arbeit.“

Zu welchem Behufe nun aber haben wir diese Stellen zitiert? Um die deutschen Arbeiter von der Erstrebung des Normalarbeitstages abzuulenken, sie, die jetzt „auf richtigem Wege“ sind, „irre zu machen“, wie das „Recht auf Arbeit“ gart durchzuführen läßt? Wir brauchen dieser Unterstellung gegenüber, die wir nur durch eine herbe Injurie gebührend qualifiziren könnten, einfach auf unsern die Serie einleitenden Artikel zu verweisen.

Da heißt es gleich im Anfang: „Der Normalarbeitstag steht mit Recht im Vordergrund der nächsten Ziele, welche die deutsche Arbeiterklasse zu erkämpfen entschlossen ist.“ Und nun wird im ganzen Artikel auf die „hohe Bedeutung des Kampfes um die Arbeitstageszeit“ hingewiesen, unter ausdrücklicher, durch gesperrte Schrift hervorgehobene Anführung des Marx'schen Ausspruchs von der „physischen und moralischen Wiedergeburt der Fabrikarbeiter“ Englands durch die Beschaffung der Arbeitszeit und die Fabrikgesetzgebung überhaupt. Am Schluß heißt es dann: „Die Bedeutung des Normalarbeitstages ist von unserer Partei also sicherlich niemals unterschätzt worden.“

Wer uns hiernach noch vorwerfen kann, daß wir uns auf den Standpunkt des „konservativen Utopisten“ Kobbertus stellen, den kann entweder nicht lesen, oder — — — wir verzichten darauf, den Satz zu Ende zu führen.

Wir wenden uns gegen die Ueberschätzung des Normalarbeitstages. Thun wir damit etwas in unserer Partei Unethisches? Mit Nichten; es war bisher der Stolz unserer Partei, über die aktuellen Fragen des Tages nicht die sozialistische Kritik zu vermissen, und nie in die Gedächtnisse der „praktischen“ non-der-hand-in-den-Mund-Politik zu verrennen. Bis jetzt hat unsere Partei ihre Stärke darin gesucht, alle Illusionen über die Tragweite gewisser Reformvor schläge zu zerstreuen, weil wir uns sagten, daß ein mittels falscher Vorpiegelungen genährtes Feuer nur Strohhfeuer sein kann. Und unsere Partei ist bei dieser Taktik groß und mächtig geworden, in ihrem wissenschaftlichen Charakter lag ihre Kraft. Von Anfang an haben wir z. B. das allgemeine Wahlrecht kritisiert, seine Unzulänglichkeit für die endgültige Emanzipation des Proletariats auf's Schärfste hervorgehoben, — hat das die deutschen Arbeiter verhindert, sich des Wahlrechts in vortheilhafter Weise zu bedienen? Im Gegentheil. Gerade, weil sie es nicht übersehen, machten sie es sich dienlich. Hätten wir ihnen goldene Berge vom allgemeinen Wahlrecht versprochen, so würden sie erst seine Kräfte, und hinterher, enttäuscht, Anarchisten geworden sein, die bekanntlich das allgemeine Wahlrecht gleich einem Feisch fürchten.

Und ebenso wie mit dem Wahlrecht hatten wir es mit dem Normalarbeitstag. Wir zeigen den deutschen Arbeitern seine guten Seiten, und wir haben sie oft genug hervorgehoben, und werden sie noch oft genug hervorheben. Aber wir zeigen ihnen auch seine Mängel, warnen sie, sich einseitig in den Normalarbeitstag zu verheizen, und zeigen ihnen, daß auch die Verkürzung des Arbeitstages, wie sie in der heutigen Gesellschaft durchführbar ist, noch nicht die Emanzipation des Proletariats vom Druck der kapitalistischen Ausbeutung herbeiführt, wie das Beispiel Englands, von der Schweiz ganz zu schweigen, beweist. Wir haben zu den deutschen Arbeitern so viel Vertrauen, daß sie die Wahrheit, die volle Wahrheit vertragen können, daß wir ihnen nicht ein X für ein U zu machen oder ihnen den richtigen Sachverhalt zu verschweigen brauchen. Der bisherige Gang der deutschen Arbeiterbewegung gibt uns die Gewähr dafür. Denn gerade früher nahm die „Arbeiterpartei“ nicht die „vermittelte Haltung“ ein, daß die sozialistische Kritik deshalb eine „deplacite“ (nicht am Platze) sei, weil sie gewissen Vorurtheilen den Garaus macht.

Entweder sind wir Sozialdemokraten oder wir sind es nicht. Sind wir es nicht — gut, dann breche man radikal mit unseren bisherigen Grundthesen und treibe „praktische Tagespolitik“. Sind wir es aber, dann wollen wir auch an der guten sozialistischen Sitze festhalten, über den Fragen des Tages nie unsere weitere sozialistische Erkenntnis zu vergessen, und nach wie vor aufs Entschiedenste die spezialbürgerliche Aufklärung bekämpfen, man mache die armen, ohne akademische Bildung herumlaufenden Arbeiter dadurch „irre“, daß man ihnen klaren Wein einschenkt.

— Des Werkes zweiter Theil. Es steht also fest, die Chemnitzer Staatsanwaltschaft — will sagen Herr von Acken — hat gegen das freisprechende Erkenntnis des Landgerichts Chemnitz Revision angemeldet, der fürchterliche Sozialisten-Gehemmbunds-Prozess wird vor dem Reichsgericht sein Nachspiel haben. Es wäre auch in der That schade, wenn das von der Staatsanwaltschaft — will sagen von Herrn von Acken — mit so großem Fleiß zusammengetragene Anlagematerial so ohne Weiteres von der Dischasse verschwinden sollte. Daß das Reichsgericht das Chemnitzer Erkenntnis umstößt wird, glaubt die Staatsanwaltschaft — glaubt Herr von Acken selbst nicht. So gering er auch die Unabwägbarkeit der Herren anschlagen mag, so weiß er doch auch, daß sie sich hüten werden, ihr Bißchen Renommee durch einen so offenkundigen Bruch mit der gesunden Logik, wie es ein Eingehen auf die Argumente der Anklageschrift bedeuten würde, gänzlich preiszugeben. Aber, die brave Staatsanwaltschaft — will sagen Herr von Acken, will wenigstens die Genugthuung haben, sagen zu können: „Was an uns lag, ist geschehen. Wenns nichts genügt hat, so hat's halt nicht sein sollen. Wir machen unsere Hände in Unschuld.“ Und dieses ergebende Bemühen erfüllt Pflicht können wir dem treuen Leser unseres Blattes. Es sei Balsam auf die Wunde, die das Chemnitzer Erkenntnis seinem Putsch-trommen Herjen geschlagen.

Das Chemnitzer Urtheil ist allerdings, wie wir gleich zu Anfang sagten, die Verurtheilung des Sozialistengesetzes, seine reduction ad absurdum. Das Sozialistengesetz dient jetzt nur noch der reinlichen Wäsur und persönlichen Rachsucht. Es erleichtert die Zerstörung von Existenzen — das ist eigentlich Alles.

Unter solchen Umständen ist es natürlich, daß der Gedanke — nicht der Abschaffung, aber der Modifizirung des Sozialistengesetzes sich in den reaktionären Schädeln mehr und mehr einbürgert.

Run — wir sagen unseren Feinden, ähnlich“) wie die französischen Gardes den englischen in der Schlacht bei Fontenoy: „Schießen Sie so hart Sie können, wir werden wiederstehen!“

Späthig ist der Aergers der sächsischen Partikularisten, daß Herr von Acken sich dazu hergeben hat, für die Preußen die Kasanien aus dem Feuer zu holen. „Warum“, fragen die „Dresdener Nachrichten“ ganz entriest, „hat die preussische Regierung, die doch die ganze Sache eingefädelt hat, den Prozess nicht in Preußen führen lassen?“ Je nun, weil es ein bekannter preussischer Kniff ist, die guten Freunde und Bundesgenossen zu kompromittiren. Seit Erlass des Sozialistengesetzes hat die preussische Regierung das schon mehrmals mit großem Erfolge gethan. Zunächst Hamburg gegenüber. Die Einzelheit, welche dort zwischen allen Klassen der Bevölkerung in Bezug auf die Zollanfrage bestand, mußte gestört werden. Gut, man zwang den Senat, der das verübte Spiel ahnte und sich lange dagegen sträubte, zur Verbängung des Belagerungszustandes, das heißt zum Krieg gegen die sozialdemokratische Mehrheit der Einwohner.

Mit der Einzelheit war die Widerstandskraft gebrochen — Hamburg mußte seine Freiheitsfestung aufgeben.

Nicht viel anders kam der Leipziger Belagerungszustand zu Wege. Sachjen zu schwächen, die sächsische Regierung vor der Welt und im eigenen Land zu diskreditiren, ist seit den Zeiten des großen Häubertons, genannt „der alte Fritz“, preussische Tradition, von der nie abgewichen wurde. In dem man die sächsische Regierung dazu veranlaßte, in Leipzig, gegen den Rath aller dortigen Behörden, den Belagerungszustand zu verhängen, und auf Grund dessen die brutalen und zugleich frivolen, weil durch nichts gerechtfertigten, Gewalt-

*) Kechnlich, nicht ganz so. Die französischen Gardes riefen den ihnen in Schlachtordnung gegenüberstehenden englischen Gardes zu: „Schießt Ihr zuerst, dann kommen wir!“

akte zu verüben, verfehlte man dem Ansehen der sächsischen Regierung einen schweren Stoß und brachte sie in gewaltsamen Gegensatz zu der Majorität der Einwohner.

Herrn Bierer von den „Dresdener Nachrichten“ scheint nachträglich ein Dämmerlicht über den preussischen Racheiavellismus, der sich auch in der Sozialistenpolitik betätigt hat, aufgegangen zu sein. Leider ist's zu spät. Die Sozialdemokraten laboriren nicht an Gedächtnisschwäche.

— Die Nationalliberalen frustifiziren schon den Chemnitzer Prozess in der von uns vorausgesehenen Weise; sie wollen der Regierung verschärft Strafgesetzparagrafen — natürlich unter Beibehaltung eines Theils des Sozialistengesetzes — exportiren. Der Kaufmann Politiker Gneiss, die juristische und staatsrechtliche Egeria der Nationalliberalen, hat sich in diesem Sinne ausgesprochen, und die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offizielle Organ der „Partei“, ist bereits kräftig an der Arbeit. Das Einzige, was die realpolitischen Herren noch besorgen macht, ist, daß „man noch kein Kenntniß von den Absichten der Regierung hat“ — natürlich eine zweifelhafte Lage für die nationalliberalen Bauherren. Jedenfalls wird der Fortschrittler Hanel Gelegenheit bekommen, bei der geplanten neuen Knebelakte, deren „geistiger Vater“ er durch seinen berüchtigten Antrag ist, als Geburtshelfer mitzuwirken.

Köbber ist die Angst des „Leipziger Tageblatts“, das sich sogar für eine halbe Revolution gegen sein offizielles Parteiorgan aufrafft.

„Wir sind“, so köbber es, „was uns anbetrifft, der Ansicht, daß das Sozialistengesetz im Interesse einer geistlichen Entwicklung unserer öffentlichen Lebens noch auf lange Jahre hinaus (warum nicht in alle Ewigkeit!) nicht aufhebt werden kann. Das Gesetz hat sich als unbedingt heilsam erwiesen, und es wäre zu wünschen, daß eine möglichst korrekte Handhabung desselben überall die Ordnungsparteien in ihrem Kampfe gegen die Umsturzpartei unterstütze. Diejenigen aber, welche dem Gesetz widersprechen, mögen sich nur in die Theile des Reiches begeben, welche als notorische Herde der Sozialdemokratie bekannt sind, und da Gefährungen sammeln, um ihr Uebelthun einem tatsächlich vorhandenen Nothstande gegenüber zu prüfen.“

Die „Erfahrungen“ in Sachen würden allerdings zeigen, daß nach Aufhebung des Sozialistengesetzes „die nationalliberale Partei Sachsens“ ihr Bündel schnallen kann. Der Schmerz des „Tageblatt“ ist also nicht ganz ohne.

— Es lebe der Fortschritt! Vergangene Woche wurde in Preußen wieder einmal gehörig geschweifelt. Man feierte nämlich das zweihundertjährige Jubiläum eines seltenen Ereignisses, nämlich eines Akt's hochbegünstigter Hochherzigkeit. Am 29. Oktober waren es 200 Jahre, daß der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der sogenannte große Kurfürst, durch das Edikt von Potsdam die Infolge der von Ludwig XIV. verfaßten Aufhebung des Edikts von Nantes in Frankreich rechtlos gemordenen Huguenotten zur Niederlassung in die Mark Brandenburg einlud. Wären die um ihrer Religion willen Verfolgten Katholiken und arme Trübsal gewesen, so würde man in der That von einem Akt hochherziger Gerechtigkeitsliebe reden können, da es sich aber um Protestanten, und zwar zum Theil sehr wohlhabende Protestanten handelte, und da ferner die Mark Brandenburg damals noch ungewohnt an der durch den dreißigjährigen Krieg hervorgerufenen Entvölkerung litt, so qualifizirt sich dieses berühmte Potsdamer Edikt besser als der Ausfluß einer wohlwollenden Hausmachtpolitik. Von Duldsam und Humanität kann dabei gar nicht die Rede sein.

Wären somit die Refugios, aus welchen den „Refugiés“ ein Asyl geboten wurde, keineswegs so edel, wie man sie hinstellen liebt, so waren doch die Folgen dieses Akt's in der That überaus günstige für die Mark Brandenburg, und speziell für Berlin. Die Franzosen haben einen ganz bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung der gewerblichen Verhältnisse der Hauptstadt ausgeübt, sie wirkten auch günstig auf den Geist der Bevölkerung ein, — kurz, fanden die Hohenrollen ihre Rechnung, so fand sie in diesem Falle das Land auch. Und so könnte man sich mit der Sekularfeier innerhalb gewisser Grenzen einverstanden erklären, wenn nicht — die Ausweisungsbefehle Puffmachers einen lauten Protest dagegen einlegten. Zweihundert Jahre nach dem vom Hofen Potsdamer Edikt sieht die damals gastfreundliche Hauptstadt unter dem Bann des kleinen Belagerungszustandes. Die Existenz von sechszigtausend Einwohnern der Stadt hängt von der Gnade, das heißt von der Laune der Polizei ab, ein jeder von ihnen muß jeden Tag gewärtig sein, mit einem Ausweisungsbefehl bedacht zu werden. Und zu dem Uebel die nichtige Partei kommt das brutale Vorgehen gegen die nichtige Nationalität: die allen Begriffen von Humanität (sichs ins Gesicht schlagenden Polen ausweisungen. Daß den Rednern, welche die Toleranz des Hohenrollenhanes in den Himmel erhoben, nicht das Wort im Munde stehen geblieben ist! Zehntausend Polen aus ihrer Existenz gerissen, von ihren Angehörigen getrennt, rücksichtslos über die Grenze gejagt, das ist die Signatur des Jahres 1885 in Preußen. Dagegen war die That des Jahres 1685 allerdings ein Akt außerordentlicher Hochherzigkeit. Was nicht zweihundert Jahre Kulturfortschritt thun!

— Unter Allen einer Theilnahmelosigkeit fanden am 29. Oktober in Preußen die Wahlen zum Landtag statt. Die Wahl geschieht nach dem elenden Dreiklassenwahlrecht, und da sie obendrein öffentlich ist, so nimmt, wie gesagt, die Öffentlichkeit an derselben keinen Antheil. Mit Ausnahme von einigen Städten, wo die Hauptparteien sich erbittert raufen, war die Wahlbeteiligung überall schwächer als je, und ganz besonders in der dritten Klasse. In vielen Wahlbezirken ist es vorgekommen, daß von der dritten, der zahlreichsten Wählerklasse, nicht ein Wähler erschien!

Zammervoll wie das Wahlrecht war auch der Wahlkampf. Von rechts bis links seilte die man um Kompromisse — hier Freisinnige mit Nationalliberalen gegen Konservative, dort Konservative mit Nationalliberalen gegen Freisinnige, hier Freisinnige und Ultramontane gegen Nationalliberale, und in Frankfurt am Main legten die Deutschfreisinnigen ihrer Gefühlsregung die Krone auf und verbanden sich mit den Nationalliberalen gegen den einzigen — und obendrein ach, so zahlreich! — Demokraten des preussischen Landtages. Ein wahrer Souffler, diese Dreiklassenwahl.

Das Wahleresultat weist nur geringe Veränderungen gegen die bisherige Zusammenlegung der Parteien auf. In der Kera der Wilhelm-Bismarck'schen Erlasse beim preussischen Wahlrecht neue Wahlkreise für die Opposition erobert zu wollen, ist Wahnsinn; die Freisinnigen hatten alle Mühe, ihre bisherigen Plätze zu halten. Sie werden etwa um ein ganzes Duzend Abgeordnete schwächer in den Landtag einziehen, d. h. um vier Duzend zu viel. Von Rechtswegen gehört da gar keine Opposition hinein.

Die Sozialdemokratie hat sich überall der Wahl enthalten. Ein Wahlsystem, das uns von vornherein auf den Stimmenschieber anweist, ist für uns gerichtet.

— Wie Rußland auf dem Balkan intrigirt. Ein gewöhnlich sehr gut unterrichteter Belgrader Korrespondent der „Adriatischen Zeitung“ schreibt derselben über die Rolle, welche zur Zeit montenegrinische Einwanderer in Bulgarien spielen:

„In der That soll die starke montenegrinische Einwanderung, die sich angeblich in vorigen Jahre auf etwa tausend Familien belief, der bulgarischen Regierung hier und da einige Unruhe bereitet haben. Run erinnert sich, daß mitunter der Herrscher der schwarzen Berge oder sein Schwiegersohn Peter Karageorowitsch als Kandidat Rußlands für den unerledigten bulgarischen Thron bezeichnet wurde. Gerade angeht's solcher Andeutungen, die möglicherweise von den beiden würdigen Kandidaten selbst ausgehen, ist es interessant, auf den Ufprung dieser Auswanderung näher einzugehen. Ihr Berichterstatter nahm Veranlassung, in unauffälliger Weise durch einen zuverlässigen Mann hier und da bei den Bulgarien einwandernden Bürgern von Montenegro nach den Gründen forschen zu lassen, welche sie bewogen, dem Vaterlande den Rücken zu wenden. Da lautet denn die Antwort mit ziemlicher Uebereinstimmung dahin, daß die Leute zum Zweck der Auswanderung nach Bulgarien befohlen worden waren. Manche von ihnen waren für Montenegro sehr bemittelt, erhielten aber ohne Angabe des Grundes die Befehle, ihren Grundbesitz sofort zu verlassen und mit ihren Angehörigen nach Bulgarien zu gehen. Montenegro ist ein autokratisch regiertes Ländchen. Da wurde ohne weiteres

